

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat, Würzburger Landstraße 18, 91522 Ansbach,
www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 11.02.2011

Offene Linke bezweifelt Notwendigkeit und Durchsetzbarkeit der Beschlüsse zur Straßenmusik

„Überflüssige Regulierungswut hilft Altstadt nicht weiter“ - Anreize anstatt Restriktionen gefordert

Sog. „Qualitätskontrollen“ bei Straßenmusik „völlig unpraktikabel“ - Appell für mehr Toleranz

Die Offene Linke hat die vom Bauausschuss beschlossenen Restriktionen der Straßenmusik in Ansbach als „in großen Teilen völlig unpraktikabel“ bezeichnet: „Durch überflüssige Regulierungswut werden zusätzliche bürokratische Monster geschaffen, die weder notwendig noch durchsetzbar erscheinen“, erklärte jetzt Vorstandsmitglied und Bezirksrat Uwe Schildbach in einer Stellungnahme der Offenen Linken.

Die Kontrolle der vorgesehenen Zeitbeschränkungen für Straßenmusiker berge einen erheblichen Mehraufwand für Polizei und Verwaltung – Kräfte, die dann für wichtige Aufgaben fehlen. Wie insbesondere die angedachten „Qualitätskontrollen“ bei der Straßenmusik bewerkstelligt werden sollen, ist der Offenen Linken derweil schleierhaft: „Wird der Stadtrat auch noch Richtlinien für gute und schlechte Musik erlassen? Oder gibt es zukünftig ein Straßenmusikanten-Casting bei der Oberbürgermeisterin an der Seite Dieter Bohlens?“, fragt sich Schildbach augenzwinkernd. Zudem kritisierte die Offene Linke, dass infolge des Straßenmusik-Verbots an Martin-Luther-Platz und Johann-Sebastian-Bach-Platz die Situation durch die Verlagerung in die engen Altstadtgassen verschärft anstatt verbessert wird.

In der Diskussion um eine attraktivere Ansbacher Altstadt in erster Linie mit Restriktionen zu arbeiten sei seitens der Stadtratsmehrheit überdies eher ein Zeichen von Hilflosigkeit, betonte die Offene Linke. Vielmehr sei für die Innenstadt ein langfristiges Entwicklungskonzept nötig, das Ziele wie lebendigen Handel und Gastronomie mit Bevölkerungszuwachs im Stadtkern durch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums vereinbaren hilft. „Dafür braucht Ansbach Anreize anstatt Restriktionen“, fügte Stadtrat Boris-André Meyer hinzu.

„Straßenmusik hat in den Städten eine lange Tradition – auch an der Rezat. Die hier vorgesehenen neuen Restriktionen werden mehr Probleme schaffen als sie beheben. Nicht nur an dieser Stelle tut Ansbach mehr Toleranz gut“, stellte die Offene Linke fest und strich abschließend heraus: „Wer glaubt, Armut mithilfe von Musikanten- und Bettelverböten bekämpfen zu können, der irrt. Wir sehen Straßenmusik als Bereicherung an und hoffen, dass etwaiger Lärmbelastung für Anwohner durch Gespräche und Sensibilisierung vor Ort vorgebeugt werden kann.“ Gegen Musikkärm über Gebühr könne ohnehin bereits mit bestehenden Verordnungen vorgegangen werden.

*Gez. Offene Linke Ansbach e.V.;
der Vorstand*